

1876

Das Bundesgesetz über das Bürgerrecht tritt in Kraft. Einzige Voraussetzung für die Einbürgerung: ein fester Wohnsitz, aber keine bestimmte Aufenthaltsdauer in der Schweiz.

1920

Um sicherzustellen, dass jene, die eingebürgert werden, die «Schweizer Mentalität» stärker annehmen, sieht das Gesetz nun eine längere Aufenthaltsdauer vor: Gesuchstellende müssen jetzt sechs Jahre mit einer gültigen Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung in der Schweiz gelebt haben.

1952

Das Gesetz über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts (BüG) wird eingeführt. Es unterscheidet drei Einbürgerungsarten: die ordentliche und die erleichterte Einbürgerung sowie die Wiedereinbürgerung. Ausserdem wird ein Eignungstest eingeführt.

1983

Das Volk lehnt eine Vorlage ab, wonach in der Schweiz aufgewachsene Ausländer und Ausländerinnen sowie Flüchtlinge in einem vereinfachten Verfahren hätten eingebürgert werden können.

1984

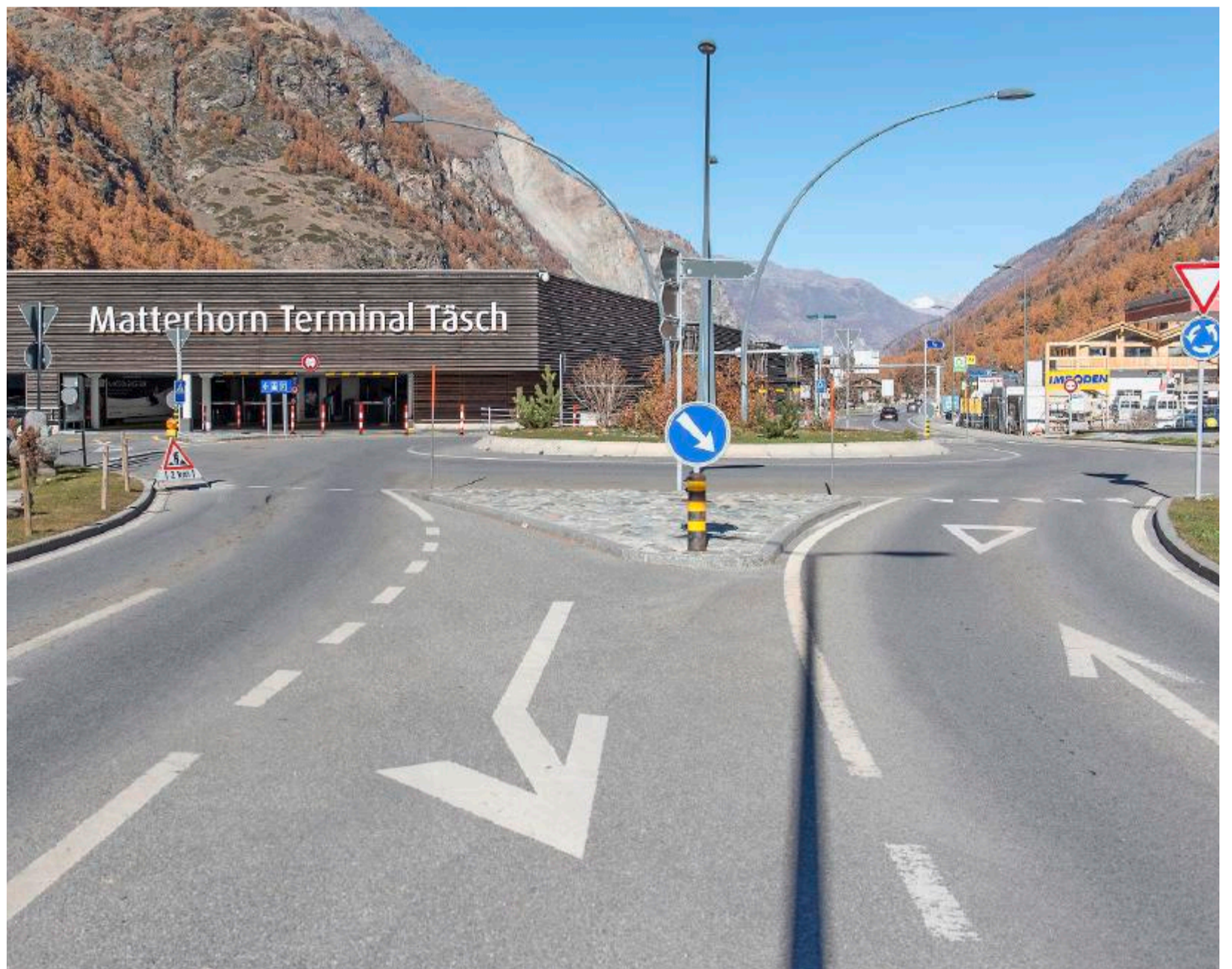
Die Teilrevision von Art. 44 tritt in Kraft: Kinder von Schweizer Müttern erhalten die Staatsbürgerschaft automatisch. Weder Geburtsort noch Wohnsitz in der Schweiz sind dafür notwendig.

In zehn Gemeinden sind

In den Orten mit dem höchsten Ausländeranteil ist die Einbürgerungsquote verschwindend klein.



Die Portugiesin Anabela Teixeira lebt in Täsch VS: Erfolgreicher Anlauf für die Einbürgerung



Billige Angestellte für den Zermatter Tourismus: Täsch hat einen Ausländeranteil von 53,7 Prozent

Barnaby Skinner, Linda von Burg (Text), Joseph Khakshouri und Michele Limina (Fotos)

Täsch VS/Spreitenbach AG Der schönste Parkplatz der Schweiz liegt im Walliser Matternal. Massive Viertausender pferchen die Gemeinde Täsch ein: eine Kirche, eine Schule, eine Bäckerei und zehn Parkhäuser. Wer das Matterhorn sehen will, muss das Auto in Täsch abstellen und die letzten Meter mit dem Zug zurücklegen. Alleine das hölzerne «Matterhorn Terminal Täsch» fasst 2000 Autos.

Was auch auffällt: Die Schulkinder sprechen auf dem Nachhauseweg Portugiesisch. Über die Hälfte der Bewohner von Täsch sind Ausländer, die meisten aus Portugal. In der Gemeinde haben heute 53,7 Prozent der 1200 Einwohner keinen Schweizer Pass. Im Jahr 1981 lebte hier erst ein Ausländer.

Die Walliser Gemeinde ist nicht die einzige, in der Schweizer in der Minderheit sind. Mittlerweile gibt es zehn solche Orte. Das zeigen die neuesten Zahlen des Bundesamts für Statistik. Zuletzt hat die Tessiner Ortschaft Bodio den Zehnerclub komplementiert. Laut offizieller Zählung des Bundes wohnten vergangenes Jahr 529 Men-

schen mit fremdem Pass im Vorort von Bellinzona; und nur 501 Schweizer.

Bis 2018 wird voraussichtlich die erste Schweizer Grossstadt die Fünfzig-Prozent-Grenze geknackt haben. Genf kam 2014 auf einen Ausländeranteil von 48,4 Prozent. Wenn sich die Bevölkerung weiter so entwickelt, leben bis in drei Jahren mehr Ausländer in Genf als Schweizer. Auch gesamtschweizerisch befindet sich der Ausländeranteil mit 24,3 Prozent auf einem Rekordhoch. Nur im Ministaat Luxemburg leben in Europa anteilmässig mehr Ausländer als in der Schweiz.

Die Einwanderer sorgen dafür, dass Täsch nicht ausstirbt

Es gibt keine einzelne Antwort auf die Frage, warum der Ausländeranteil in der Schweiz so hoch ist. Der Flüchtlingsstrom kann erst recht nicht als Erklärung dafür herhalten. Bei aktuell zwei Millionen Ausländern machen sie nur einen Bruchteil der Menschen mit fremdem Pass aus. Vielmehr hat jede Ortschaft ihre eigene Geschichte für die ansässigen Ausländer.

In Randogne VS sorgte die Hotelfachschule Les Roches schon seit 1989 dafür, dass über die Hälfte der 4500 Einwohner aus dem Ausland stammt.

Pregny-Chambésy bei Genf ist die bevorzugte Wohngemeinde von Mitarbeitern von internationalen Organisationen wie der UNO. In der Grenzstadt Kreuzlingen leben die Deutschen gerne. In Leysin VD bei Montreux zieht der Bergtourismus ausländische Arbeitskräfte an. Genauso wie in der Gemeinde Täsch.

«Die Destination Zermatt braucht die Ausländer», sagt Klaus Tscherrig, Vizepräsident des Gemeinderates, «die Portugiesen arbeiten in der Region. Ohne sie könnten wir nicht mehr alle

Die Geschichte digital aufbereitet

dok.sonntagszeitung.ch

Schulklassen führen.» In anderen Worten: Die Portugiesen sind die billigen Arbeitskräfte des Tourismusmotors Zermatt. Nebenbei sorgen die Einwanderer noch dafür, dass das Dorf in Täsch nicht ausstirbt, sondern gar wächst. Letztes Jahr wurden ein Schulhaus und ein modernes Feuerwehrgebäude eingeweiht. Bei der Erschliessung der Quartierstrassen komme man fast nicht mehr mit, sagt Gemeinderat

Tscherrig. Die Gemeinde habe aber mit den Investitionen zu kämpfen. Das Pro-Kopf-Steuereinkommen liege klar unter dem regionalen und kantonalen Durchschnitt.

Die Gemeinde Spreitenbach AG zieht ebenfalls Ausländer mit eher niedrigen Löhnen an. Die Attraktivität begann in den 60er-Jahren mit dem Konkubinatsverbot in Zürich. Wer nicht heiraten, aber zusammenleben wollte, wick von der Zürcher Grossstadt in die aargauische Provinz aus. Im Spreitenbacher Langackerquartier entstanden 24-stöckige Wohnblöcke. «Viele Wohnungen sind eher klein», sagt Gemeindepresident Valentin Schmid (FDP). Kinderzimmer zum Beispiel: zwei auf vier Meter. «Aber günstig», sagt Schmid, «4½ Zimmer für 1500 Franken im Monat, das finden Sie nirgends in Zürich.» Wer zwischen die Hochhäuser spaziert, sieht an den Türklügelchen keine Müllers oder Meiers mehr, sondern Krasniqs oder Dulakus. Schmid wohnt auch nicht mehr hier, sondern im Osten der Stadt im Seefeldquartier.

Und doch haben die Gemeinden im Zehnerclub etwas gemeinsam: Eine verschwindend kleine Einbürgerungsquote, geringer als der Schweizer Schnitt, der ohnehin bei nur 1,6 Pro-

zent liegt. Täsch kommt über die letzten zehn Jahre auf eine Quote von nur 0,6 Prozent. Nur einer von 167 liess sich also einbürgern. In Spreitenbach sieht es nur leicht besser aus. In den letzten zehn Jahren liessen sich 1,4 Prozent der Ausländer einbürgern. Oder in Pregny-Chambésy GE, wo die besser verdienenden UNO-Mitarbeiter leben, liegt die Quote bei 1,2 Prozent.

Rund eine Million Ausländer erfüllen Kriterien für Einbürgerung

Wer bei Wahlen die Beteiligung genau durchrechnet, kommt deshalb auf ein erschreckendes Ergebnis. Zum Beispiel in Spreitenbach: Die Hälfte der Stimmbürger fällt hier schon mal weg, weil sie Ausländer sind. Bleiben noch 4000 Stimmberechtigte. Die Beteiligung an den vergangenen Nationalratswahlen lag allerdings nur bei 30 Prozent. Faktisch nehmen also in der Kleinstadt an der Limmat nur 1300 Menschen am politischen Leben teil bei 11 000 Einwohnern.

Walter Leimgruber, Präsident der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen, ist besorgt: «Wenn 50 Prozent der Bevölkerung ausgeschlossen sind, kann man dann noch von Demokratie sprechen? Wir haben

1992

Der automatische Erwerb des Schweizer Bürgerrechts durch Ausländer/-innen bei der Heirat mit einem/r Schweizer/-in wird aufgehoben. Ihnen wird fortan die erleichterte Einbürgerung angeboten.

1994

Zum zweiten Mal scheitert der Vorschlag, die erleichterte Einbürgerung für in der Schweiz Geborene einzuführen, am Ständemehr.

2006

Kantone und Gemeinden dürfen für Entscheide nur noch Gebühren verlangen, die den administrativen Kosten entsprechen.

2014

Das Parlament stimmt dem revidierten BüG zu. Nur wer als integriert gilt, wird eingebürgert.

2015

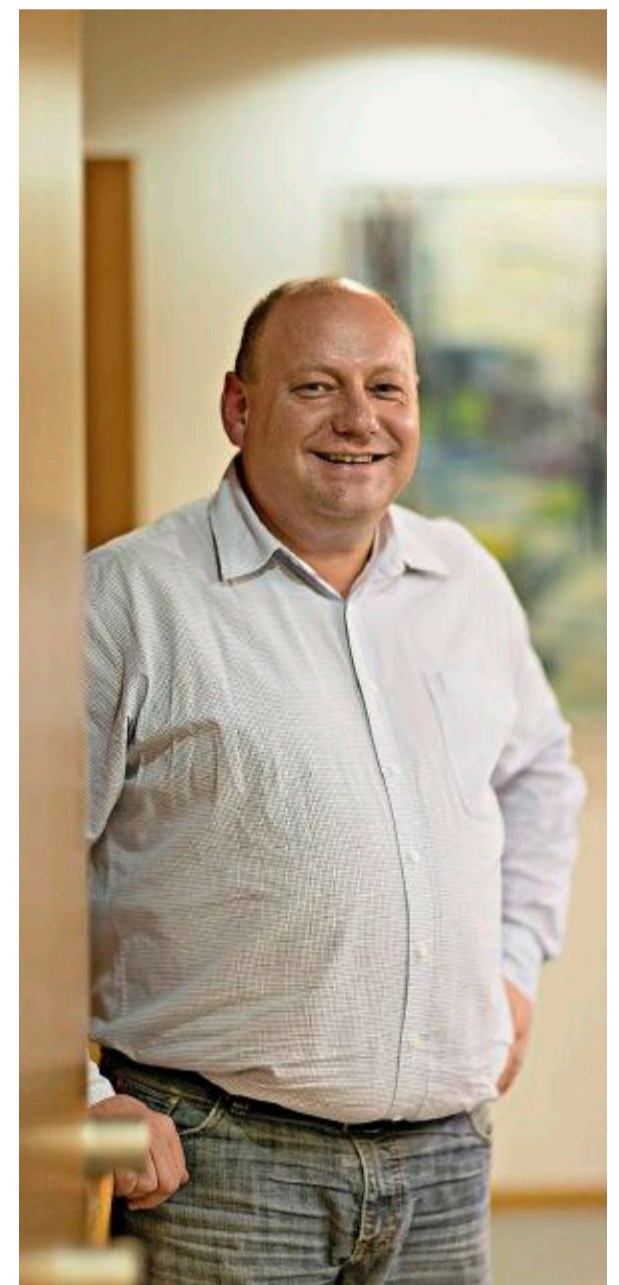
Der Bundesrat konkretisiert das revidierte BüG mit einer Verordnung. U. a. sollen Sozialhilfebezügler nicht eingebürgert werden; Gebühren werden vorab in Rechnung gestellt. Die Vernehmlassung läuft noch bis am 19. November.

Schweizer in der Minderheit

Über die Hälfte der Einwohner ist vom demokratischen Prozess ausgeschlossen



Tiefe Mieten: Die Aargauer Gemeinde Spreitenbach zieht Ausländer mit niedrigen Löhnen an



Gemeindepäsident Valentin Schmid: «Spreitenbach ist ein Vorbild für die Integration»

lange Zeit die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung, nämlich die Frauen, ausgeschlossen, und das als grossen Fehler erkannt.» Nun laufe man Gefahr, den Fehler des Ausschlusses zu wiederholen.

Rund eine Million Ausländer, sagt Leimgruber weiter, würden die Bedingungen für die Einbürgerung erfüllen, liessen sich aber nicht einbürgern. «Warum auch?», fragt Leimgruber. Sie hätten mit der Einbürgerung neben den politischen Rechten mehr Pflichten, die Männer etwa den Militärdienst. Zudem erlebten viele das Einbürgerungsverfahren und die Kosten als Schikane.

Die 45-jährige Anabela Teixeira zum Beispiel. Sie führt einen kleinen Lebensmittelladen mit portugiesischen Produkten in Täsch und einen in Zermatt. In der Schweiz ist sie seit 28 Jahren. «Ich habe mal einen Anlauf genommen, Schweizerin zu werden, und einen Kurs gemacht, aber das ist so kompliziert», sagt Anabela Teixeira. Auch ihre Kinder haben keinen Schweizer Pass, obwohl sie hier geboren wurden. «Mein Sohn will nicht zum Militär.» Sie hat sich in ihrem portugiesischen Netzwerk in der Schweiz so eingerichtet, dass es keinen Unterschied macht,

ob sie nun Schweizerin ist oder nicht.

Ähnlich tönte es am Donnerstagmittag in Spreitenbach im Einkaufszentrum Shoppi Tivoli. «Bei einer Jobbewerbung bringt die Einbürgerung sicher was», sagt Ramadani Rashid, 23, kosovarischer Pass, in Bern geboren. «Aber mir fehlt im Moment

dazu das Geld.» Oder Demir Zverotic (Name geändert), 24, montenegrinischer Pass, in Zürich geboren: «Militär interessiert mich nicht. Ich will definitiv keine 2000 Franken für die Einbürgerung hinlegen. Warum sollte ich?»

Der Gemeindepäsident von Spreitenbach redet die sinkende Einbü-

rgungsquote klein. «Spreitenbach ist ein Vorbild für Integration», sagt Schmid. Er verweist auf das Vereinsleben. Seit 2012 gebe es den Verein Rinia für albanische Tänze. Er tanze an vielen Dorffesten. Und ausserdem seien die 350 Aktivmitglieder des FC Spreitenbach komplett durchmisch. Schwei-

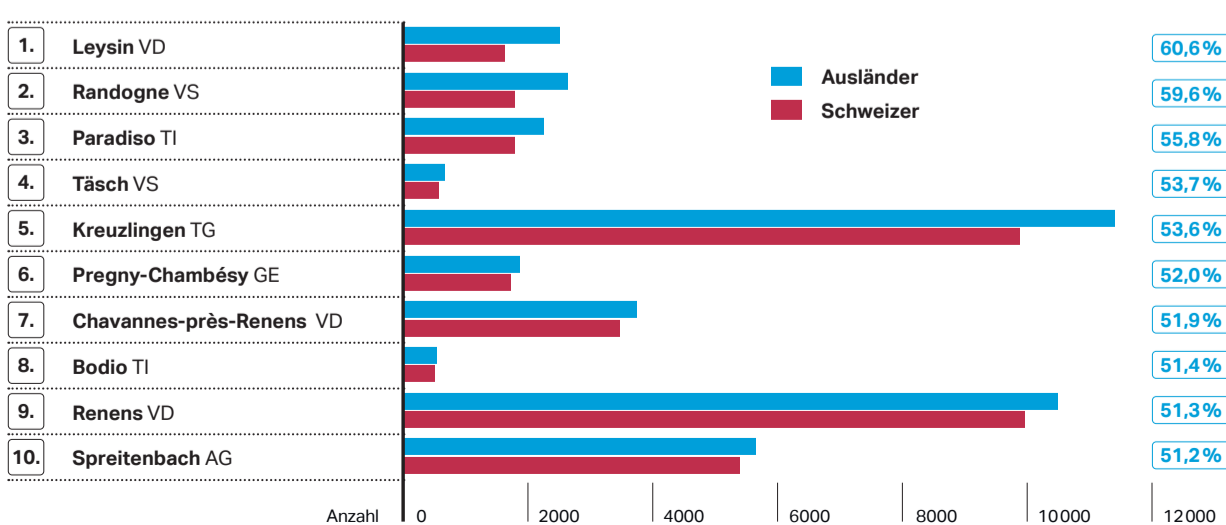
zer kicken neben Serben, Kosovaren oder Türken.

Überhaupt, der wichtigste Integrationsgradmesser sei die Sprachkompetenz, glaubt Schmid. «Mit den MuKi-Kursen haben wir grosse Fortschritte gemacht», sagt er. Sprachlehrgänge, die Mütter mit ihren Kindern besuchen können.

Dass Ausländern in Spreitenbach die Einbürgerung zu teuer ist, dafür hat der Gemeindepäsident Verständnis. «Mit der Gesetzesverordnung wird sie noch teurer», sagt Schmid. Die Vernehmlassung der Gesetzesverordnung läuft noch bis 19. November. Sie sieht vor, die Kosten der Einbürgerung vorgängig zu stellen und sie kantonal zu vereinheitlichen. In Spreitenbach führt das dazu, dass Einbürgerungen noch teurer werden. Bis 2014 blätterte eine vierköpfige Familie 2000 Franken hin für die ordentliche Einbürgerung. Neu kostet die Einbürgerung 5400 Franken. Hinzu kommen 1550 für Kanton und Bund, total also 6950 Franken. Damit lässt sich in Spreitenbach ein knappes halbes Jahr die Miete bezahlen.

Viele Familien in Spreitenbach überlegen es sich deshalb zweimal, ob sie Eidgenosse werden.

Wo der Ausländeranteil über 50 Prozent liegt



Wenn man vom selben Wachstum der Bevölkerung ausgeht, ist damit zu rechnen, dass Ende 2018 auch in Genf mehr Ausländer als Schweizer leben.

Quelle: BFS (1981–2010: Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes ESPOP. Ab 2011: Statistik der Bevölkerung und Haushalte STATPOP)